



Wie teuer wird's?

Inflation. Wenn fast alle Preise steigen, ist guter Rat teuer. Denn in Deutschland liegt die letzte große Inflation schon 50 Jahre zurück. Zwar gibt es auffällig viele Parallelen zwischen der Ölkrise Anfang der 1970er Jahre und der aktuellen Krise, doch die Art und Weise, wie die Probleme bekämpft wurden und werden, unterscheidet sich sehr. So erhöht die Europäische Zentralbank den Leitzins aktuell nur langsam, um die Wirtschaft nicht abzuwürgen und Arbeitsplätze zu sichern. Wann wieder mit sinkenden Inflationsraten zu rechnen ist, erläutert VWL-Professorin Ulrike Neyer von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im iwd-Interview. —> [Seiten 2-7](#)

Städteranking

München bleibt im aktuellen Ranking der IW Consult der Spitzenreiter. Das größte Potenzial für die Zukunft haben allerdings kleinere Großstädte.

—> [Seiten 8-10](#)

Katar

Die Wirtschaftskraft des Emirats ist beeindruckend – doch von den damit verbundenen Privilegien profitiert nur ein kleiner Teil der Bevölkerung.

—> [Seite 11](#)

Früher war eben doch nicht alles besser



Inflation. Dass die Preise stark steigen, dieses Phänomen kannten bis vor ein paar Monaten nur ältere Menschen in Deutschland. Denn die letzte große Inflation gab es Anfang der 1970er Jahre. Damals wurden Sonntagsfahrverbote verhängt, um Sprit zu sparen. Die Bundesbank setzte außerdem den Leitzins stark herauf, was einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Wer in diesen Tagen Post von seinem Energieversorger bekommt, muss damit rechnen, dass sich die monatliche Abschlagszahlung für Gas oder Fernwärme im kommenden Jahr verdoppelt. Im Schnitt mussten die Verbraucher in Deutschland im Oktober 2022 rund 10 Prozent mehr für Waren und Dienstleistungen zahlen als vor einem Jahr – und auch in den kommenden Monaten dürfte die Inflationsrate hoch bleiben (siehe Interview Seiten 6–7). Hauptursache sind die hohen Energiepreise sowie andere Knappheiten, die vor allem durch die russische Invasion in der Ukraine entstanden sind. All dies führt in Deutschland nicht nur dazu, dass das Heizen teurer wird, sondern auch viele Lebensmittel, Benzin und Diesel, Reisen sowie Hunderte von anderen Dingen.

Es ist schon lange her, dass sich Waren und Dienstleistungen binnen kurzer Zeit derart verteuert haben: Die bislang stärkste Inflation nach den Wiederaufbaujahren gab es Anfang der 1970er Jahre, als sich nicht nur in Westdeutschland, sondern in sämtlichen Industrieländern das Preisniveau merklich nach oben bewegte. Auffällig sind die vielen Parallelen zwischen damals und heute. Auch vor 50 Jahren hatte die Bundesrepublik wirtschaftlich

viele gute Jahre hinter sich – nicht zuletzt begünstigt durch eine expansive Geldpolitik der Bundesbank – und es war ebenfalls ein Krieg, der zu einer Energiekrise führte. So setzten mehrere OPEC-Staaten während des Jom-Kippur-Kriegs 1973 einen Ölboykott gegen die Verbündeten Israels ein und reduzierten die Ölproduktion um bis zu 25 Prozent.

Für die Bundesrepublik Deutschland war das ein gravierendes Problem, denn Anfang der 1970er Jahre gewann Westdeutschland rund die Hälfte seiner Energie aus Öl. Binnen kürzester Zeit vervierfachte sich der Ölpreis, der Preis für einen Liter Heizöl stieg sogar noch stärker: von rund 10 Pfennig auf 60 Pfennig. Da Energie auch schon vor einem halben Jahrhundert eine wichtige Komponente des Warenkorb war, anhand dessen die Inflationsrate berechnet wird, stieg die Teuerung in Deutschland von knapp 2 Prozent im Jahr 1970 auf 7,9 Prozent im Dezember 1973.

Wie eine IW-Berechnung zeigt, sind für die Verbraucher in dieser Zeit die meisten Produkte trotzdem erschwinglicher geworden (Grafik):

Für fast alle Lebensmittel und sogar für Strom mussten die Westdeutschen 1974 trotz hoher

Inflation weniger lange arbeiten als 1970.

Ursache dafür waren die gestiegenen Reallöhne: Zwischen 1970 bis 1974 stiegen die Nettolöhne in der Bundesrepublik Deutschland um 51 Prozent, die Verbraucherpreise dagegen „nur“ um 27 Prozent.

Dennoch war früher nicht alles besser. Dadurch, dass die Bundesbank den Leitzins zwischen 1972 und 1973 von 4 auf 13 Prozent hochsetzte, um die steigende Inflation in den Griff zu bekommen, würgte sie gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung ab. Die Folgen für den Arbeitsmarkt waren verheerend: Waren im Jahr 1973 in Westdeutschland nur 273.000 Arbeitslose registriert, vervierfachte sich deren Zahl nahezu auf 1,1 Millionen Menschen im Jahr 1975.

Diese Gefahr besteht in Deutschland derzeit aufgrund des in vielen Branchen ausgeprägten Fachkräftemangels noch nicht. Erst, wenn Unternehmen die Investitionsspielräume ausgeben und die Produktion aus Kostengründen ins Ausland verlagert wird, sind Beschäftigungsrückgänge wahrscheinlich. Allerdings müssen Konsumenten in der aktuellen Krise – anders als vor einem halben Jahrhundert – sehr wohl Kaufkraftverluste hinnehmen. Zwar

sind die meisten Waren zwischen 1970 und heute für Verbraucher erschwinglicher geworden – besonders bei technischen Produkten wie Waschmaschinen, Kühlschränken und Fernsehern gibt es aufgrund des technischen Fortschritts Kaufkraftgewinne zu verzeichnen –, doch unterm Strich zahlt man derzeit drauf. Denn die Verbraucherpreise lagen im Oktober 2022 um 16 Pro-

zent über dem Jahresdurchschnitt 2019, die Nettolöhne wuchsen im selben Zeitraum jedoch im Mittel nur um 11 bis 12 Prozent.

Besonders stark zu spüren sind die Kaufkraftverluste bei Nahrungsmitteln, mit Ausnahme von Kartoffeln. Die Bundesregierung hat deshalb drei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von 200 Milliarden Euro auf den Weg gebracht,

um Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger in der aktuellen Krise zu unterstützen. Ab März 2023 soll zudem ein Gaspreisdeckel die Verbraucher vor steigenden Energiekosten schützen. Auch das gab es früher nicht: Während der Ölkrise in den frühen 1970er Jahren haben viele Mieter und Eigentümer wegen der hohen Energiepreise ihre Ölheizung einfach ausgeschaltet.

Inflation: Strom war schon mal teurer

So lange mussten die Bundesbürger im Durchschnitt arbeiten, um sich diese Güter leisten zu können

	Einheit	1970		1974		2019		Oktober 2022	
		Preis in Euro	Arbeitszeit in Stunden:Minuten	Preis in Euro	Arbeitszeit in Stunden:Minuten	Preis in Euro	Arbeitszeit in Stunden:Minuten	Preis in Euro	Arbeitszeit in Stunden:Minuten
Mischbrot	1 kg	0,69	0:14	0,99	0:14	3,05	0:10	3,82	0:11
Markenbutter	250 g	0,96	0:20	1,00	0:14	1,79	0:06	2,65	0:08
Zucker	1 kg	0,60	0:12	0,70	0:10	0,84	0:03	1,40	0:04
Vollmilch	1 l	0,38	0:08	0,50	0:07	0,96	0:03	1,39	0:04
Eier	10 St.	0,97	0:20	1,28	0:17	2,07	0:07	2,88	0:08
Schweinekotelett	1 kg	4,29	1:28	5,06	1:09	8,63	0:28	11,49	0:33
Brathähnchen	1 kg	2,05	0:42	2,39	0:33	3,79	0:12	5,10	0:15
Kabeljau	1 kg	2,35	0:48	3,93	0:54	23,05	1:14	28,81	1:23
Speisekartoffeln	2,5 kg	0,66	0:14	0,65	0:09	3,93	0:13	4,15	0:12
Bohnenkaffee	500 g	4,31	1:29	4,27	0:58	5,66	0:18	7,01	0:20
Flaschenbier	0,5 l	0,33	0:07	0,38	0:05	0,78	0:03	0,88	0:03
Herrenanzug	1 St.	102,77	35:14	134,98	30:40	240,52	12:53	231,48	11:08
Damenstrumpfhose	1 St.	2,15	0:44	2,09	0:28	5,47	0:18	6,09	0:18
Herrenschuhe	1 Paar	19,12	6:33	27,61	6:16	77,58	4:09	82,75	3:59
Damen-Pumps	1 Paar	22,70	7:47	34,15	7:46	83,65	4:29	89,02	4:17
Haushaltsstrom u. Grundgebühr	200 kWh	14,42	4:57	16,92	3:51	67,21	3:36	88,82	4:16
Benzin	1 l	0,29	0:06	0,41	0:06	1,43	0:05	1,91	0:06
Kühlschrank	1 St.	149,81	51:22	168,73	38:20	299,77	16:03	337,67	16:14
Waschmaschine	1 St.	423,86	145:19	444,82	101:04	379,25	20:18	395,05	19:00
Fernseher	1 St.	292,97	100:26	289,39	65:45	449,00	24:03	459,19	22:05
Tageszeitung	1 Monat	3,29	1:08	4,70	1:04	38,79	2:05	45,92	2:12
Rundfunkbeitrag	1 Monat	1,28	0:26	1,53	0:21	17,50	0:56	18,36	0:53
Haare waschen u. föhnen für Damen	1-mal	2,87	0:59	4,15	0:57	21,31	1:08	25,41	1:13
Kinobesuch	1 Karte	1,55	0:32	2,22	0:30	7,99	0:26	8,80	0:25

1970 und 1974: nur Westdeutschland

Benzin: 1970 Normalbenzin; ab 1991 Super bleifrei (Markenware); Fernseher: 1970 schwarz-weiß; 1991: Röhren-Farbfernseher 70 cm, Stereo; 2021: Smart-TV, 43 Zoll, UHD (4k), Preis Eigenerhebung

Rundfunkbeitrag: 1970 und 1974 Hörfunkgebühr

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

Mit stumpfen Waffen



Geldpolitik. In der Eurozone ist die Inflation seit Monaten hoch. Die Europäische Zentralbank (EZB) versucht, den Preissteigerungen mit höheren Zinsen entgegenzuwirken. Die Aussicht auf Erfolg ist aber begrenzt, denn die Inflationsraten werden von Faktoren bestimmt, auf die die Zinspolitik wenig Einfluss hat.

Es ist nur eine einzelne Zahl. Doch hinter der Inflationsrate steckt viel mehr: Ein fiktiver Warenkorb mit 650 Güterarten dient Experten für die Berechnung der allgemeinen Preisentwicklung. Und um genauere Aussagen über die Ursachen von Inflation treffen zu können, muss man die Kategorien des Warenkorbs nochmals unterteilen.

Eine Möglichkeit ist, zwischen angebotsbestimmten und nachfragebestimmten Bestandteilen zu unterscheiden. Ein Beispiel: Die Nachfrage der meisten Haushalte nach Nahrung und Getränken ist relativ stabil. Höhere Weltmarktpreise oder gestiegene Herstellungskosten

können diese Preise nach oben treiben. Die Inflation wird hier also von der Angebotsseite bestimmt. Anders verhält es sich etwa bei Wohnungsmieten und -käufen. Das Angebot an Wohnungen ist vergleichsweise konstant. Eine steigende Nachfrage führt zu höheren Preisen, die Inflation wird somit von der Nachfrageseite getrieben.

Für Deutschland lässt sich anhand dieser Einteilung ein klares Bild erkennen (Grafik):

Die Inflation von angebotsbestimmten Gütern lag im August 2022 bei 11,5 Prozent. Bei den nachfragebestimmten Gütern betrug sie nur 3,2 Prozent.

Deutschland hat derzeit also eine „importierte“ Inflation. Das hat auch Implikationen für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Diese versucht mithilfe höherer Zinsen und einer damit verbundenen restriktiven Geldpolitik, dem Preisanstieg in der Eurozone entgegenzuwirken.

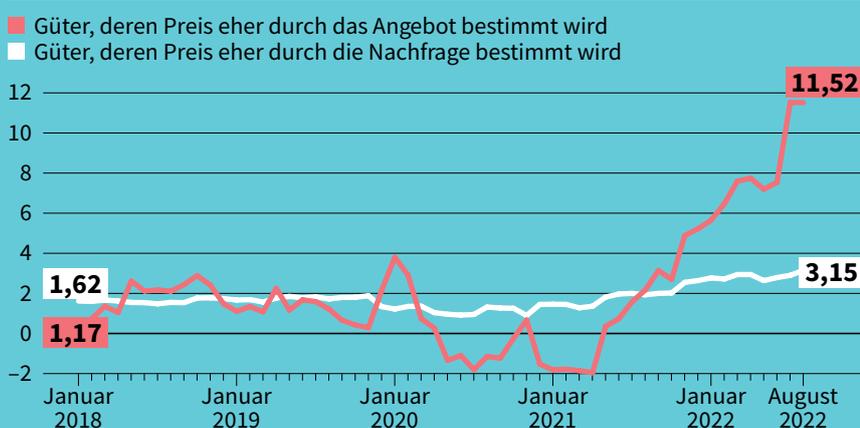
Da die Inflation aber größtenteils auf die Angebotsseite zurückzuführen ist, vor allem auf hohe Rohstoff- und Energiepreise sowie unterbrochene Lieferketten, ist der Einfluss der EZB auf die allgemeine Preissteigerung gering. Denn Zinsen wirken sich vor allem – und mit Verzögerung von einigen Monaten – auf die Nachfrage aus.

Die Geldpolitik der EZB kann zwar indirekt einen Effekt auf die Preise handelbarer Güter und damit auf die Angebotsseite haben: Ein höherer Leitzins führt in der Regel zur Aufwertung einer Währung und verbilligt so Importe. Da das Zinsniveau des Euroraums immer noch weit unter denen anderer Volkswirtschaften wie den USA liegt, kommt dieser Effekt allerdings nicht zum Tragen.

Wichtig ist die restriktive Geldpolitik der EZB dennoch. Sie kann den Glauben an eine sinkende Inflationsrate stärken und so helfen, eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern.

Die Angebotsseite treibt die Inflation

Veränderung des Preisniveaus in Deutschland gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Güter, deren Preis eher durch das Angebot bestimmt wird: z. B. Nahrungsmittel und Getränke, da die Nachfrage der Haushalte nach diesen Gütern relativ stabil ist
Güter, deren Preis eher durch die Nachfrage bestimmt wird: z. B. Wohnungsmieten, Freizeit- und Kulturdienstleistungen, Gaststättenbesuche, da das Angebot an diesen Gütern kurzfristig relativ starr ist
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 89/2022

Markus Demary, Jonas Zdrzalek: Nur begrenzten Einfluss auf die Inflation
iwkoeln.de/zinspolitik

Politik bremst den Preisanstieg



Euroländer. Die hohe Inflation macht auch anderen europäischen Staaten zu schaffen. Allerdings variiert der Anstieg der Verbraucherpreise je nach Land. Ein Grund dafür ist, dass die Politik die Teuerung für die Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichem Maß abfedert.

Wen der Blick auf die Gasrechnung oder den Kassenzettel im Supermarkt erschreckt, der mag sich damit trösten: Deutschland ist in der Eurozone nicht allein mit seinen Inflationssorgen. Allerdings steigen die Preise nicht überall im gleichen Tempo (Grafik):

In Estland lagen die Verbraucherpreise im September 2022 um mehr als 24 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, in Frankreich betrug die Teuerungsrate dagegen „nur“ gut 6 Prozent.

Neben unterschiedlichen Konsumgewohnheiten spielt auch die Politik eine Rolle für das Inflationsgeschehen, wie der exemplarische Blick auf zwei Nachbarländer Deutschlands zeigt:

- **Niederlande.** Sie weisen aktuell die vierthöchste Inflationsrate der Eurozone auf. Zwar kam im September ein Sondereffekt zum Tragen, weil eine wegen der Corona-Pandemie eingeführte 50-prozentige Ermäßigung auf Studien- und Kursgebühren auslief.

Doch auch wenn man diesen Effekt herausrechnet, sind – im Vergleich zu Deutschland – die Preise bei unseren Nachbarn zuletzt deutlich stärker gestiegen. Ein Grund ist, dass die Energieverträge dort variabel sind, die Versorger die höheren Beschaffungskosten also unmittelbar an die Gaskunden weitergegeben haben.

Nicht zuletzt hat die Regierung in Den Haag seit Beginn der Corona-Pandemie mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben, um die Nachfrage anzukurbeln. Das hat die Inflation bereits vor der aktuellen Energiepreiskrise angeheizt.

- **Frankreich.** Die relativ niedrige Inflationsrate kommt nicht von ungefähr: Die französische Regierung setzt in diesem Jahr rund 16 Milliarden Euro ein, um die Verbraucher vor allzu stark steigenden Energiepreisen zu schützen. So hat sie den Gaspreis auf dem Stand von Oktober 2021 eingefroren und der Anstieg des Strompreises wurde auf 4 Prozent begrenzt. Auch im kommenden Jahr sollen die Französischen und Franzosen maximal 15 Prozent mehr für Strom bezahlen – diesen Preisdeckel lässt sich die Regierung nochmals 16 Milliarden Euro kosten.

Die privaten Haushalte werden damit lediglich etwa 20 bis 25 Euro mehr pro Monat an Heizkosten berappen müssen.

Und auch den energieintensiven Unternehmen springt Paris bei: Wer mehr als 3 Prozent seines Umsatzes für Strom oder Gas ausgeben muss, kann bis zu 2 Millionen Euro an staatlichen Hilfen beantragen. Insgesamt stellt der französische Wirtschaftsminister 3 Milliarden Euro bereit, um den durch die Energiepreiskrise bedrohten Unternehmen zu helfen.

Inflation: Starkes Gefälle in der Eurozone

Veränderung der Verbraucherpreise im September 2022 gegenüber Vorjahresmonat in Prozent

Estland	24,1
Litauen	22,5
Lettland	22,0
Niederlande	17,1
Slowakei	13,6
Belgien	12,1
Griechenland	12,1
Deutschland	10,9
Österreich	10,9
Slowenien	10,6
Portugal	9,8
Italien	9,4
Spanien	9,0
Zypern	9,0
Luxemburg	8,8
Irland	8,6
Finnland	8,4
Malta	7,4
Frankreich	6,2

Veränderung der Verbraucherpreise: auf der Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex
Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd



Interview. Die Inflationsraten in der Eurozone sind so hoch wie noch nie. Deshalb hat die Europäische Zentralbank (EZB) begonnen, den Leitzins zu erhöhen. Gleichwohl werden wir noch einige Zeit mit hohen Inflationsraten leben müssen, sagt **Ulrike Neyer**, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

„Die EZB hat zu spät reagiert“

Die extrem hohen Inflationsraten in der Eurozone sind vornehmlich dem Mangel geschuldet: an Gas und anderen Energieträgern, an Vorprodukten aufgrund gestörter Lieferketten und nicht zuletzt an Fachkräften, die vor allem in Deutschland fehlen. Da kann die Europäische Zentralbank mit einem höheren Leitzins doch nur wenig ausrichten, oder?

Die Erhöhung des Leitzins bringt in puncto Inflationsbekämpfung schon etwas, sie wirkt allerdings erst mittelfristig. Kurzfristig kann die EZB die Inflationsrate nicht nach unten drücken. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Inflationsrate in den nächsten Monaten noch relativ hoch bleibt.

Das liegt auch daran, dass wir für die Berechnung der Inflationsrate aktuell Preise vergleichen mit Preisen von vor einem Jahr, als die Energiepreise noch relativ niedrig waren. Da die Energiepreise aller Wahrscheinlichkeit nach nicht massiv sinken werden, werden sich

die Preise im Zwölfmonatsvergleich erst im kommenden Jahr wieder annähern – und dann wird auch die Inflation gebremst. Entscheidend ist also, wie sich die Energiepreise entwickeln: Stabilisieren sie sich, wird die Inflationsrate wieder sinken.

Was hält die EZB davon ab, den Leitzins einfach auf 10 Prozent zu erhöhen?

Die Europäische Zentralbank sollte die Zinsen nicht abrupt anheben, sondern besser mit Augenmaß weiter erhöhen, um den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten, also des Bruttoinlandsprodukts, in Grenzen zu halten. Für weitere Erhöhungen mit Augenmaß gibt es drei Gründe: Zum Ersten betreibt die EZB ja immer noch eine expansive Geldpolitik – die Zinsen sind ja nach wie vor relativ niedrig, sie wirken noch stimulierend auf die Nachfrage, während das Angebot beschränkt ist. Und das wiederum treibt die Preise noch nach oben.

Zweitens wird die Inflation angetrieben, weil Waren, die wir aus

den USA importieren, teurer werden. Denn die amerikanische Zentralbank hat die Zinsen schon früher und stärker erhöht als die EZB. Deswegen kaufen Anleger eher amerikanische Anleihen, es werden also Dollar nachgefragt. Folglich wertet der Dollar auf und der Euro wertet ihm gegenüber weiter ab. Dadurch werden Güter wie beispielsweise Erdöl, die importiert werden müssen, weiter teurer – und das trägt ebenfalls zur steigenden Inflation bei. Um diese importierte Inflation einzudämmen, sind also weitere Zinserhöhungen der EZB nötig.

Und der dritte Punkt, warum die Zinsen steigen sollten, ist, dass die Inflationserwartungen stabilisiert werden müssen. Die EZB muss signalisieren, dass die Inflationsbekämpfung wirklich ihr oberstes Ziel ist.

Für das kommende Jahr sagen die Konjunkturprognosen für viele Länder eine Rezession voraus, auch für Deutschland. Was bedeutet das für die EZB?



Foto: Horn, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Wir erwarten für den Euroraum im kommenden Jahr eine wirtschaftliche Abkühlung, in Deutschland wird der Abschwung am größten ausfallen. Wenn die EZB nun massiv die Zinsen erhöhen würde, würde dieser Effekt noch verstärkt werden. Schon jetzt geht das reale Einkommen der Menschen und damit deren Nachfrage zurück, das reduziert den Druck auf die Preise bereits.

Die Inflationsraten in der Eurozone sind extrem unterschiedlich – rund 6 Prozent in Frankreich, mehr als 24 Prozent in Estland. Kann die Geldpolitik der EZB diesen gravierenden Unterschieden überhaupt gerecht werden?

Das ist schwierig. Deshalb orientiert sich die EZB an der durchschnittlichen Inflationsrate der Eurozone. Das wird allerdings umso problematischer, je weiter die Inflationsraten der Euroländer auseinanderliegen. Die durchschnittliche Inflationsrate der Eurozone liegt im Moment bei rund 10 Prozent und an diesem Durchschnittswert

orientiert sich die EZB, obwohl Estland höhere Leitzinsen bräuchte als Frankreich.

In Deutschland beträgt die Inflationsrate rund 10 Prozent, in den laufenden Tarifverhandlungen ist nur noch selten von Lohnzurückhaltung die Rede. Droht uns eine Lohn-Preis-Spirale?

Im Moment ist das nicht zu befürchten. Die Löhne werden steigen, ja, aber eine Gefahr der massiven Steigerung des Lohnniveaus, die zu exorbitant höheren Produktionskosten und damit wiederum zu erneut steigenden Verbraucherpreisen führt, sehe ich aktuell nicht.

Die Bundesregierung gibt sehr viel Geld aus, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Sollte sie, statt die Symptome der Krise zu behandeln, nicht lieber an die Ursachen ran? Also beispielsweise die erneuerbaren Energien schnellstmöglich ausbauen und neue Lieferländer für kritische Rohstoffe suchen?

Ja! Mein Problem mit den ganzen Entlastungspaketen ist, dass sie zum großen Teil nicht zielgenau sind. Es sollten nur die Haushalte finanziell entlastet werden, die die aktuellen Preissteigerungen nicht selbst tragen können. Hier wären Direktzahlungen sinniger. Im neuen Gutachten des Sachverständigenrats gibt es eine schöne Grafik, die zeigt, wie stark die unterschiedlichen Haushaltstypen von der Inflation betroffen sind. Da sieht man sehr gut, dass Haushalte mit einem geringen Einkommen eine höhere Inflationsrate haben als solche mit einem relativ hohen Einkommen. Das liegt einfach daran, dass Einkommensschwächere einen größeren Anteil ihres Budgets für Lebensmittel, Miete und Energie aufwenden müssen als wohlhabendere Menschen – und genau diese Waren und Güter sind besonders teuer geworden.

Gibt es aus Ihrer Sicht ein Land in Europa, das aktuell eine bessere Inflationspolitik hinbekommt als Deutschland?

Die Geldpolitik ist ja für alle 19 Länder der Eurozone gleich, weil die EZB für deren Preisstabilität zu sorgen hat. Die EZB hat zwar zu spät reagiert, aber jetzt ist sie ja mit den Zinserhöhungen auf dem richtigen Weg.

Ein Land, das schon recht früh einen Gaspreisdeckel zur Stromerzeugung eingeführt hat, ist Spanien. Auch Frankreich hat seine Bürger früher und stärker entlastet als Deutschland. Aber dabei werden Preissignale außer Kraft gesetzt und gerade in Spanien hat das dazu geführt, dass die Knappheitsverhältnisse nicht mehr gesehen wurden und der Gasverbrauch zur Stromerzeugung sogar angestiegen ist.

Ich wüsste also kein Land, das die Bekämpfung der Inflation deutlich besser als Deutschland hinbekommen hat.

Mainz macht einen großen Sprung

Städteranking. Der alte Spitzenreiter ist auch der neue: München liegt im Städteranking 2022 der IW Consult auf dem ersten Platz. Die größten Fortschritte erzielt Mainz – das hat vor allem mit der Pandemie zu tun. Im chronisch schwachen Ruhrgebiet gibt es positive Tendenzen und auch in Ostdeutschland zeigt die Entwicklung in mehreren Städten in die richtige Richtung. Nachhaltigkeit wird in Wolfsburg besonders großgeschrieben.

Der Süden dominiert weiter – im Städteranking 2022 der IW Consult sind die vorderen Plätze Städten aus Bayern und Baden-Württemberg vorbehalten. München verteidigt seine Spitzenposition vor Erlangen. Dahinter tauschen Stuttgart und Ingolstadt die Plätze.

Die Forscher werten für ihr jährliches Ranking Indikatoren aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität aus. Der Spitzenreiter München ist in keiner der Kategorien schlechter als auf Rang vier platziert. Im Sektor Immobilienmarkt und Wirtschaft liegt die bayerische Landeshauptstadt an der Spitze.

Aber auch wenn der Süden im Niveauranking dominiert, holen andere Städte auf. Das zeigt das Dynamikranking, in dem die IW Consult die Entwicklung der vergangenen fünf Jahre bewertet (Grafik):

Von den 71 untersuchten Städten entwickeln sich Mainz und Berlin derzeit am dynamischsten. München geht dagegen die Puste aus – die Stadt erreicht lediglich Platz 30 im Dynamikranking.

Städteranking 2022: Die Top Ten

Für das Städteranking 2022 der IW Consult wurden 71 Großstädte anhand von mehr als 100 Indikatoren bewertet und in drei Rankings sortiert



Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität

Dynamik: Entwicklung in den zurückliegenden fünf Jahren

Nachhaltigkeit: Punktzahl in den Bereichen ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit

Rang	Niveau	Dynamik	Nachhaltigkeit
1.	München 66,9	Mainz 58,2	Wolfsburg 59,5
2.	Erlangen 61,0	Berlin 56,4	Ulm 58,5
3.	Stuttgart 60,9	Erlangen 56,1	Heidelberg 58,2
4.	Ingolstadt 60,4	Freiburg im Breisgau 54,9	Erlangen 57,4
5.	Frankfurt/Main 59,2	Halle (Saale) 54,9	Ingolstadt 57,4
6.	Wolfsburg 58,6	Leipzig 54,8	Stuttgart 56,7
7.	Mainz 58,1	Leverkusen 54,8	Freiburg im Breisgau 56,3
8.	Darmstadt 57,7	Oldenburg 54,6	Darmstadt 56,0
9.	Ulm 56,7	Darmstadt 54,4	Karlsruhe 55,2
10.	Regensburg 56,6	Dortmund 54,2	Regensburg 54,6

Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren jeweils den Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; Einzelindikatoren: gewichtet

Quelle: IW Consult
© 2022 IW Medien / iwd

In der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt gibt es vor allem einen Grund für den Aufschwung: das Pharmaunternehmen BioNTech. Der Entwickler und Hersteller von Corona-Impfstoffen spült seit Beginn der Pandemie jede Menge Gewerbesteuer in die Stadtkasse, wodurch Mainz auf einen Schlag schuldenfrei wurde. Die Stadt ist nun dabei, mit Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Mobilität, Sport, Freizeit, Jugend und Kultur ihre Attraktivität für Einwohner und Besucher noch weiter zu steigern.

Mit Halle an der Saale und Leipzig belegen zwei Nachbarstädte aus Ostdeutschland Platz fünf und sechs im Dynamikranking. Auch andere ostdeutsche Städte wie Magdeburg (von 35 auf 24), Rostock (von 39 auf 25) und Erfurt (von 51 auf 38) haben einen ordentlichen Satz nach vorn gemacht. Im Fall von Magdeburg lässt die Ansiedlung von Halbleiterhersteller Intel auf einen weiteren Schub für die Stadt hoffen. Bereits heute kann die Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt eine gute Arbeitsmarktentwicklung (Platz drei) vorweisen.

Bis sich die Ergebnisse aus dem Dynamikranking der einzelnen Städte allerdings im Niveauranking widerspiegeln, dauert es erfahrungsgemäß zwei bis drei Jahre.

Eine weitere Region, in der es teilweise Fortschritte gibt, ist das Ruhrgebiet. Mit Dortmund auf Platz zehn und Bochum auf Rang zwölf liegen zwei Metropolen im Dynamikranking relativ weit oben. Dortmund verbessert sich im Teilbereich Wirtschaft. Positiv wirken sich hier die Entwicklung der Patentanmeldungen und der Insolvenzen sowie der Anteil wissensintensiver Dienstleistungen aus.

Allerdings erlebt nicht das gesamte Ruhrgebiet einen Aufwärtstrend: Hagen, Duisburg und Gelsen-

Nachhaltigkeitsranking: Kleinere Städte können punkten

Diese Städte schneiden im Städteranking 2022 bei diesen ausgewählten Nachhaltigkeitsindikatoren am besten ab

Rang	Solarleistung	Beschäftigungsrate Frauen	Glasfaseranschluss
1.	Kaiserslautern 559,8	Dresden 65,7	Hamburg 82
2.	Ulm 486,2	Chemnitz 65,2	Köln 72
3.	Ingolstadt 396,7	Magdeburg 63,9	Chemnitz 72
4.	Chemnitz 377,1	Fürth 63,1	Wolfsburg 68
5.	Saarbrücken 365,2	Erfurt 62,2	Regensburg 64

■ Solarleistung: Installierte Solarnettleistung je 1.000 Einwohner in Kilowatt
■ Beschäftigungsrate Frauen: Anteil der weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an den Einwohnerinnen im erwerbsfähigen Alter in Prozent
■ Glasfaseranschluss: Anteil der privaten Haushalte mit Glasfaseranschluss in Prozent

Quelle: IW Consult
© 2022 IW Medien / iwd



kirchen belegen im Dynamikranking hintere Plätze.

Die Perspektiven für das Ruhrgebiet sind dennoch gut. So bieten die digitale und die ökologische Transformation die Chance, den begonnenen Strukturwandel weiter voranzutreiben.

Einen weiteren Aspekt, den sich die Forscher der IW Consult seit einigen Jahren ansehen, ist das Thema Nachhaltigkeit. Sie wird in Zukunft angesichts der enormen Herausforderungen durch den Klimawandel, aber auch der demografischen Probleme eine große Rolle spielen. Und: Immerhin etwa jeder dritte Deutsche lebt in einer der 71 untersuchten Städte. Der Einfluss der Zentren auf die bundesweite Bilanz ist folglich groß.

Die Indikatoren im Nachhaltigkeitsranking decken mit den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales ein breites Spektrum ab. So fließen in die Bewertung sowohl Faktoren wie die Luftqualität und die installierte Solarleistung als beispielsweise auch die Beschäftigungsquote von Frauen ein (Grafik).

Wie im vergangenen Jahr schneidet Wolfsburg in diesem Teil-Ranking am besten ab:

Die Stadt besticht durch einen starken Forschungssektor, der durch die ansässige Automobilindustrie gestützt ist.

Außerdem hat Wolfsburg eine gute digitale Infrastruktur und das derzeit dichteste Netz an Elektrotankstellen in Deutschland. Weitere Pluspunkte sind ein hoher Anteil an alternativen Heizenergien, ein leistungsfähiges Bildungssystem und eine geringe Altersarmut.

Besonders nachhaltig präsentiert sich außerdem Ulm, das sich von Platz fünf auf zwei verbessert. In den Kategorien Ökologie und Soziales belegt die Stadt sogar den Spitzenplatz. In der Stadt hat der Ausbau der erneuerbaren Energien schon seit Langem eine hohe Bedeutung – bereits 1991 hat die Stadt entsprechende Förderrichtlinien festgelegt.

Deutlich nach vorn schiebt sich Freiburg im Breisgau – von Platz elf auf sieben. Die Pro-Kopf-Abfallmenge ist in keiner Stadt niedriger, ebenso die Feinstaubbelastung.

Interview. Jährlich bewertet die IW Consult die Lage und Entwicklung der 71 größten deutschen Städte. Consultant **Vanessa Hünнемeyer** verrät im Interview, was Spitzenreiter München besser macht als andere, welche Städte durch die Energiekrise Probleme bekommen könnten und wo für die Zukunft das meiste Potenzial schlummert.

„Städte mit Hochschulen haben einen großen Vorteil“



Foto: IW Medien

München ist wieder an der Spitze des Städterankings. Was macht die Stadt besser als andere?

München hat die besondere Kombination aus einer starken Wirtschaft, einem guten Arbeitsplatzangebot und einer hohen Lebensqualität. München profitiert von einer exzellenten Hochschulinfrastruktur und hat dadurch Vorteile bei der Gewinnung von Fachkräften.

Können andere Städte von München lernen?

Ja. Im Bereich Innovation und Unternehmensgründungen hat München viele Anlaufstellen, unter anderem an der Technischen Universität. In der Region München ist die Zahl der Gründungen bundesweit am höchsten. Die Stadt ist dadurch sehr dynamisch, es kommen konstant neue Impulse in die Wirtschaft. Wissenschaft und Wirtschaft arbeiten eng zusammen. Von dieser Fokussierung können andere Regionen sicherlich lernen.

Seit einigen Jahren erfassen Sie auch die Nachhaltigkeit in Ihrem Ranking. Wie ernst nehmen die Städte ihre Verantwortung in diesem Bereich?

Das lässt sich nicht pauschal sagen. Die Kommunen haben nicht auf alle Indikatoren, die wir erfassen, einen direkten Einfluss. So hängt die Forschungsintensität in erster Linie von den ansässigen Unternehmen ab. An anderer Stelle können die Städte aber gestalten, etwa durch Bauauflagen. In Mannheim, Wolfsburg und Heidelberg werden mehr als 90 Prozent der Neubauten mit alternativen Heizenergien ausgestattet. In Oldenburg, Osnabrück oder Bremerhaven liegt der Anteil unter 25 Prozent.

Lieferkettenprobleme, Inflation, Energiekrise – welche Städte könnten durch die derzeitigen Krisen Probleme bekommen?

Die Industrie ist mit ihren Gewerbesteuern das Rückgrat der kommunalen Kassen. Geht es der Industrie schlecht, fließt weniger Geld in den Haushalt der jeweiligen Stadt. Wir haben uns daher den Energieverbrauch der Industrie in den 71 untersuchten Städten angeschaut. In Leverkusen sind 22 Prozent aller Beschäftigten in energieintensiven Unternehmen beschäftigt, in Ludwigsfelde am Rhein sieht es ähnlich

aus. Hier müssen die Firmen gegebenenfalls unterstützt werden, um den Wohlstand in der Region zu erhalten.

Wagen Sie einen Blick in die Glaskugel – welche Regionen in Deutschland haben für die kommenden Jahre besonders viel Potenzial?

Wir sehen anhand unserer Dynamikrankings vor allem kleinere Großstädte im Kommen. Erlangen, Mainz, Darmstadt und Oldenburg sind vorn dabei. Der Wohnraum ist hier noch vergleichsweise günstig. Wir haben auch einen gewissen Wertewandel in der Gesellschaft. Nachhaltiges Leben wird wichtiger. Ich vermute, dass es in kleineren Großstädten eher möglich ist, das umzusetzen. Einen kleinen Garten beispielsweise bekommt man in Freiburg wahrscheinlich eher als in Berlin. Im Dynamikranking sind die Top 10 zudem alle Hochschulstandorte. Städte mit Hochschulen haben einen großen Vorteil. Sie ziehen junge Menschen an und damit auch Unternehmen. Denn mit Blick auf den demografischen Wandel werden gut ausgebildete Fachkräfte in Zukunft immer wichtiger.

Wirtschaftskraft mit Makeln

Katar. Die Fußballweltmeisterschaft in Katar ist gestartet – Anlass genug, um einen Blick auf das umstrittene Gastgeberland zu werfen. Bei zahlreichen wirtschaftlichen Indikatoren schneidet das Emirat sehr gut ab; die Kluft zwischen Gastarbeitern und katarischen Staatsangehörigen ist allerdings groß.

Vom Tellerwäscher zum Millionär: Würde man diese Redensart auf ein Land beziehen, wäre es wohl Katar. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes begann 1971 mit der Entdeckung des weltgrößten Gasfelds unter dem Persischen Golf. Binnen zwei Jahrzehnten wurde das zuvor arme Land zu einem der größten Flüssiggasexporteure der Welt.

Im Jahr 2021 entfielen 85 Prozent der katarischen Exporte auf Gas und Erdöl, insgesamt lieferte das Emirat Waren und Rohstoffe im Wert von 83,1 Milliarden Euro an andere Länder. Da die Importausgaben im selben Jahr nur 26,8 Milliarden Euro betragen, verbuchte Katar einen der größten Handelsbilanzüberschüsse überhaupt. Auch bei anderen wirtschaftlichen Indikatoren schneidet das Land sehr gut ab (Grafik):

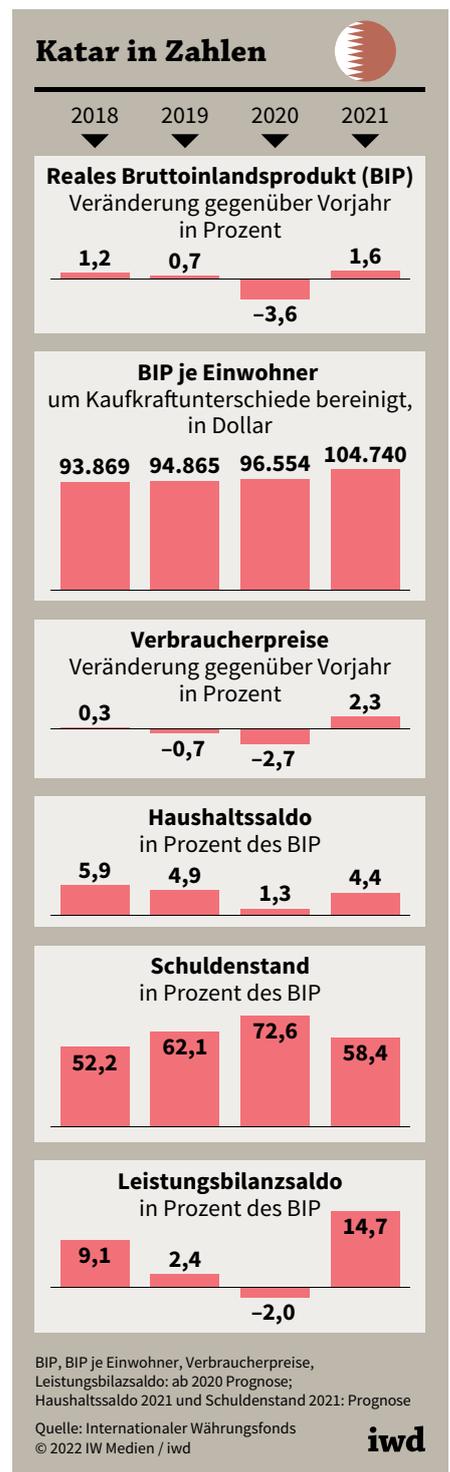
Das geschätzte kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag 2021 bei fast 105.000 Dollar – das war der weltweit vierthöchste Wert.

Während der Handel von Katar vor allem mit Ländern wie China, Japan und Indien floriert, rangiert das Land als Wirtschaftspartner von Deutschland bislang eher unter „ferner liefen“. Das dürfte sich bald ändern, schließlich ist die Bundesrepublik nach dem Wegfall Russlands als zuverlässigem Gaslieferanten bereits im Mai eine langfristige Energiepartnerschaft mit Katar eingegangen. Zwar haben die Kataris 90 bis 95 Prozent ihrer aktuellen

Flüssiggasproduktion bereits langfristig verkauft. Allerdings wollen sie ihr Exportvolumen bis 2027 noch einmal ausbauen – davon könnte die Bundesrepublik profitieren.

Nicht nur die katarische Wirtschaft, auch die Bevölkerung des Landes wächst stetig. Mittlerweile leben rund 2,8 Millionen Menschen auf der Halbinsel, die etwa halb so groß wie Hessen ist. Seit 2002 hat sich die Einwohnerzahl damit mehr als vervierfacht. Ein Großteil der Bevölkerung sind allerdings Arbeitsmigranten, nur gut jeder zehnte Einwohner besitzt die katarische Staatsangehörigkeit. Während die Arbeitsbedingungen für die Gastarbeiter stark in der Kritik stehen, genießen katarische Staatsangehörige zahlreiche Privilegien – so müssen sie keine Steuern zahlen, Strom und Wasser sind gratis. Viele Stadtteile, in denen katarische Familien leben, sind für Gastarbeiter tabu.

Dass trotzdem so viele Arbeiter nach Katar kommen, kann an den Verdienstmöglichkeiten liegen. Das Emirat hat 2020 den Arbeitsmarkt reformiert und als erstes Land der Region einen Mindestlohn eingeführt. 1.000 Katar-Riyal – umgerechnet rund 265 Euro – müssen die Unternehmen im Monat zahlen. Organisationen wie Amnesty International kritisieren das als weiterhin unzureichend. Da der Lohn aber höher ist als in vielen asiatischen und afrikanischen Ländern, nehmen die Gastarbeiter die schlechten Zustände oft in Kauf.



Salden sorgen für Transparenz

Europäische Union. Über 21 Milliarden Euro hat Deutschland im Jahr 2021 mehr in den EU-Haushalt eingezahlt, als es aus EU-Töpfen erhalten hat. Das zeigt eine neue Auswertung des IW. Am meisten Geld erhalten hat demnach Polen und insgesamt gab es mehr Empfänger als Zahler.

Im Jahr 2020 hat die EU-Kommission damit aufgehört, die Nettopositionen der einzelnen Mitgliedsstaaten gegenüber dem EU-Haushalt zu veröffentlichen. Offiziell erfährt seither also niemand mehr, welche Staaten Nettozahler und welche Nettoempfänger sind und wie viel Geld die EU Europas Bürger unterm Strich kostet.

Für das IW war dieser Zustand unbefriedigend. Nicht, weil das Institut der deutschen Wirtschaft Sinn und Nutzen der EU infrage stellt, sondern weil es in den Augen der Ökonomen zentral ist, dass größtmögliche Transparenz herrscht, wenn irgendwo Steuergelder ausgegeben werden.

Deshalb hat das IW die Nettopositionen gegenüber dem EU-Haushalt selbst berechnet und kommt zu diesem Befund (Grafik):

Mit deutlich über 21 Milliarden Euro war Deutschland 2021 der mit Abstand größte Nettozahler der EU, gefolgt von Frankreich, das allerdings nur auf etwas mehr als die Hälfte an Nettozahlungen kommt.

Am anderen Ende des Rankings steht Polen – durch EU-Gelder hatte es 2021 fast 13 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr zehn Nettozahler und 17 Nettoempfänger.

Den Berechnungsansatz, den das IW verwendet, nutzte früher auch die Kommission: Neben Zöllen bleiben die Verwaltungsausgaben – vor allem in Belgien und Luxemburg – außen vor, durch sie würde Belgien wegen all der EU-Institutionen im Land zu einem der größten Nettoempfänger, obwohl es Nettozahler ist.

Im Vergleich von 2021 mit 2020 fällt auf, dass vor allem Deutschland zuletzt deutlich mehr gezahlt hat – 21,4 statt 15,5 Milliarden Euro wie im Vorjahr. Das lag vor allem am Brexit: Weil Großbritannien aus der EU austrat, mussten andere Staaten dessen Anteil am Budget übernehmen – in erster Linie war das Deutschland. Die Geldflüsse an den EU-Haushalt orientieren sich hauptsächlich am Bruttonationaleinkommen (BNE). Der Anteil Deutschlands am BNE der EU stieg von 21,9 Prozent im Jahr 2020 auf 25,4 Prozent im Jahr 2021.

Ganz unproblematisch ist der Blick auf die Milliardenbeträge allerdings nicht. Schließlich lässt er außer Acht, wie bevölkerungsreich ein Land ist und wie es um sein gesamtwirtschaftliches Einkommen bestellt ist.

Für den zweiten Aspekt kann das BNE – alle von Inländern erwirtschafteten Einkommen, gleichgültig, ob

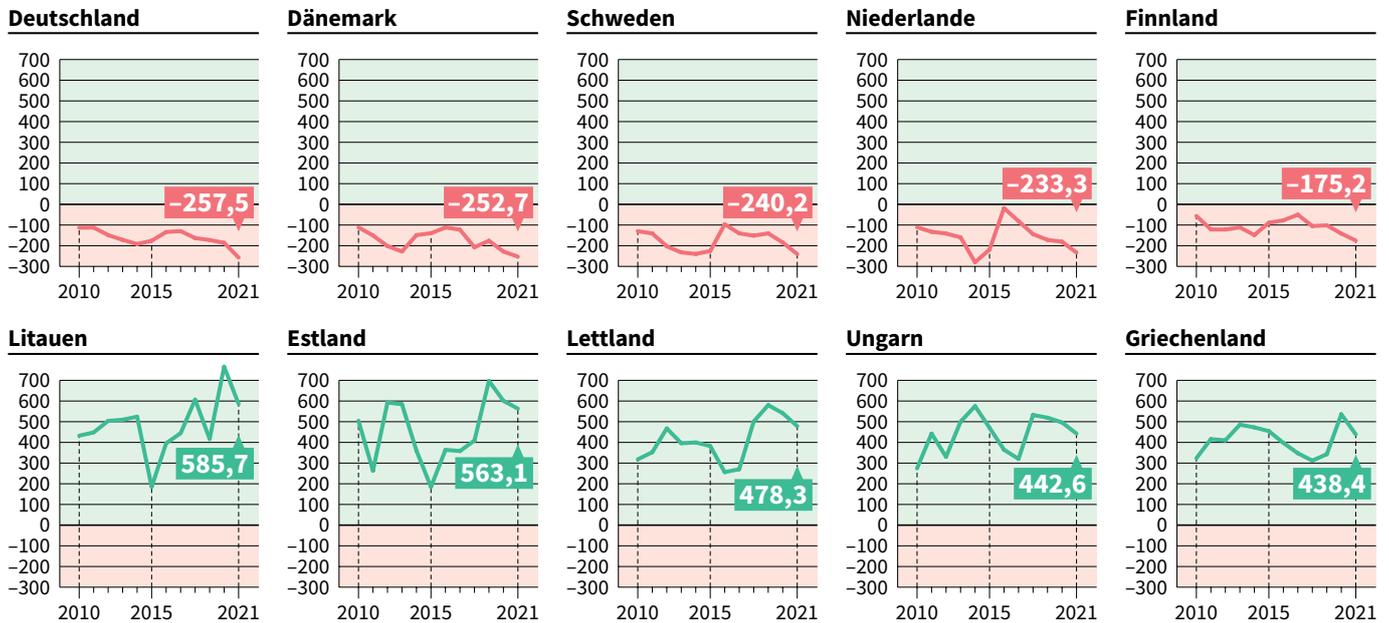
Europäische Union: Ein Geben und Nehmen

Im Jahr 2021 haben die Mitgliedsstaaten so viele Millionen Euro weniger (negativer Wert) oder mehr (positiver Wert) von der Europäischen Union bekommen, als sie eingezahlt haben

-21.409	Deutschland	
-10.946	Frankreich	
-4.076	Niederlande	
-2.493	Schweden	
-1.476	Dänemark	
-1.475	Italien	
-1.290	Österreich	
-1.003	Belgien	
-970	Finnland	
-441	Irland	
	Malta	66
	Zypern	192
	Luxemburg	240
	Slowenien	509
	Estland	749
	Lettland	906
	Litauen	1.637
	Kroatien	1.767
	Slowakei	1.770
	Bulgarien	1.868
	Tschechien	3.141
	Portugal	3.220
	Spanien	3.429
	Rumänien	4.171
	Ungarn	4.307
	Griechenland	4.682
	Polen	12.924

EU-Finanzierung: Die Pro-Kopf-Betrachtung

So viele Euro je Einwohner haben die Mitgliedsstaaten weniger (negativer Wert) oder mehr (positiver Wert) von der Europäischen Union bekommen, als sie eingezahlt haben



Länderauswahl der fünf Staaten mit dem höchsten und mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Saldo im Jahr 2021

Quellen: EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

im Inland oder im Ausland erzielt – herangezogen und in Relation zu den EU-Zahlungen gesetzt werden:

In Relation zum BNE lag Deutschland beim Zahlungssaldo mit dem EU-Haushalt 2021 weiterhin an der Spitze – mit etwa 0,6 Prozent. Auf den nächsten drei Nettozahlerpositionen ändert sich indes die Reihenfolge gegenüber der reinen Betrachtung der Geldströme – die Niederlande belegen Rang zwei, gefolgt von Schweden und Frankreich.

Den höchsten Anteil erhält Kroatien mit fast 3,1 Prozent seines BNE, gefolgt von Litauen und Ungarn. Bei dieser Betrachtung fällt auf, dass alle Geberländer deutlich unter 1 Prozent ihres BNE an die Europäische Union transferieren, während die Empfänger Nettotransfers aus Brüssel in Höhe von mehreren Prozent ihres jeweiligen BNE erhalten. Entsprechend schmerzhaft könnten die finanziellen Druckmittel der EU beispielsweise bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit sein.

Noch einmal anders stellen sich die Zahlungsflüsse im EU-Kontext dar, wenn man darauf abstellt, wie viel Geld pro Kopf fließt (Grafik):

Deutschland lag mit Abflüssen von fast 258 Euro je Einwohner im Jahr 2021 an der Spitze, allerdings dicht gefolgt von Dänemark. Am meisten Geld bekommen pro Einwohner die Litauer und Esten – jeweils deutlich über 550 Euro.

Im Zeitverlauf zeigt sich bei dieser Pro-Kopf-Betrachtung, dass die Nettozahler seit vielen Jahren immer mehr Geld an die EU transferieren. Das Bild ist in dieser Ländergruppe deutlich einheitlicher als bei den größten Nettoempfängern: Die baltischen Staaten und Ungarn bekommen tendenziell zwar mehr Geld, doch die Auszahlungen schwanken enorm – beispielsweise betragen die EU-Mittel, die per saldo nach Litauen fließen, zwischen 185 Euro je Einwohner im Jahr 2015 und 766 Euro im Jahr 2020.

Im Ergebnis plädiert das IW dafür, dass die EU-Kommission die Haushaltssalden künftig wieder selbst aufbereitet und veröffentlicht, um ihnen so ein offizielles Siegel zu geben. Zudem sollte keinesfalls damit argumentiert werden, dass die Zahlungen an die EU auch für Deutschland unterm Strich gar nicht so stark ins Gewicht fallen, weil es viel größere Haushaltspositionen gibt. Die Nettozahlungen Deutschlands von zuletzt rund 21 Milliarden Euro entsprechen nämlich immerhin in etwa dem Jahresbudget des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

IW-Report 55/2022

Berthold Busch, Björn Kauder, Samina Sultan: Wer finanziert die EU?
iwkoeln.de/eu-finanzierung

Fachkräfte für die Energiewende

Berufsausbildung. Um den Umstieg auf eine ökologische und energieeffiziente Wirtschaft in Deutschland voranzutreiben, braucht es gut ausgebildete Arbeitskräfte. Viele Berufsprofile im Bereich der Energiewende fußen auf dem dualen Ausbildungssystem. Politik und Unternehmen müssen alles tun, um mehr Fachkräftenachwuchs für die entsprechenden Bildungsgänge zu gewinnen.

Null – das ist der Nettowert an Treibhausgasemissionen, den Deutschland für das Jahr 2045 anstrebt. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen unter anderem deutlich mehr Windkraftanlagen gebaut, Häuser gedämmt, Heizungen saniert und umweltfreundliche Verkehrssysteme ausgebaut werden.

Nur: Wer soll all diese Bau- und Umrüstungsmaßnahmen vornehmen? Schließlich gab es allein im Handwerk im vergangenen Jahr rund 200.000 unbesetzte Stellen. Und der demografische Wandel führt dazu, dass bis 2036 fast 30 Prozent aller Erwerbspersonen, die dem deutschen Arbeitsmarkt heute zur Verfügung stehen, das Renteneintrittsalter erreichen.

Damit die Arbeitskräfteengpässe die Energiewende nicht ausbremsen, gilt es gegenzusteuern. Dazu ist es wichtig zu wissen, welche Berufe, Tätigkeiten und Qualifikationen für die ökologische Transformation hauptsächlich benötigt werden. Das IW hat für 2018 – neuere Daten sind nicht verfügbar – jene Erwerbstätigen herausgefiltert, die eine Arbeit im Bereich der erneuerbaren Energien ausüben (EE-Erwerbstätige). Im Jahr 2018 waren das 5,3 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland – und diese Gruppe unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht vom Gros der Beschäftigten:

- **Qualifikation und Berufe.** Die Erwerbstätigen in „Green Jobs“ haben ihre Kenntnisse überdurch-

schnittlich oft auf beruflichem Weg erlangt (Grafik):

Im Jahr 2018 benötigten insgesamt 67 Prozent der Erwerbstätigen im Bereich der erneuerbaren Energien für ihre Arbeit eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Fortbildungsabschluss; im Schnitt aller Erwerbstätigen betrug dieser Anteil lediglich gut 58 Prozent.

Auch mit Blick auf die ausgeübten Berufe unterscheiden sich die EE-Erwerbstätigen von allen anderen. Das ist naheliegend, schließlich geht es bei der Energiewende vor allem darum, die erforderlichen Güter und Anlagen zu produzieren, zu installieren und zu warten. Die Folge (Grafik Seite 15):

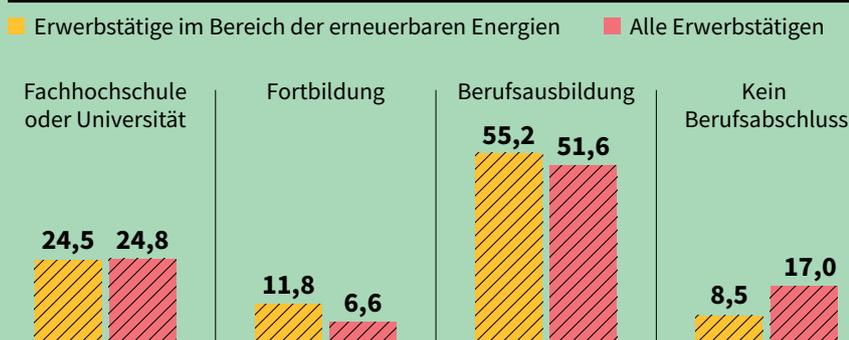
Von den EE-Erwerbstätigen waren 2018 rund 73 Prozent in einem produktionsorientierten oder baunahen Beruf tätig – gegenüber 23 Prozent aller Erwerbstätigen.

Stark vertreten sind dabei Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe sowie Berufe der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik.

- **Fachkenntnisse und Anforderungen.** Deutlich häufiger als andere Arbeitskräfte benötigen EE-Erwerbstätige technische Fachkenntnisse: 71 versus 34 Prozent. Zudem gibt fast jeder Zweite an, in Mathematik und Statistik firm sein zu müssen – verglichen mit knapp jedem vierten Erwerbstätigen insgesamt.

Beschäftigte in Green Jobs: Meist beruflich qualifiziert

So viel Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland im Jahr 2018 benötigten für ihre Arbeit diesen Ausbildungsabschluss



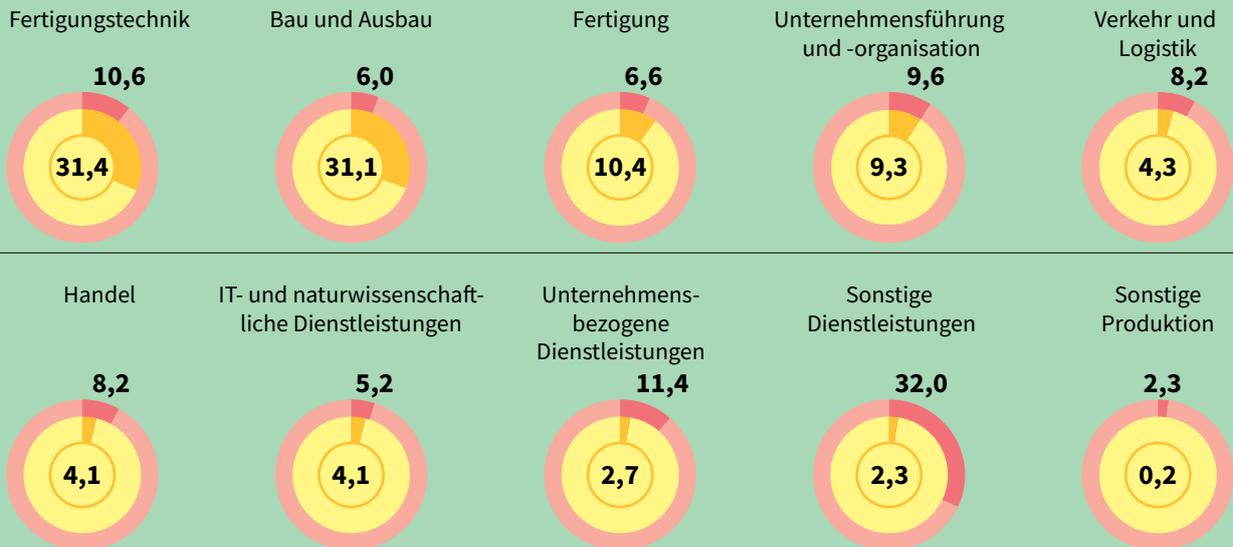
Quellen: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Energiewende: Fertigungs- und Bauberufe dominieren

So viel Prozent der ... waren im Jahr 2018 in diesen Berufssegmenten tätig



■ ... Erwerbstätigen im Bereich der erneuerbaren Energien ■ ... Erwerbstätigen insgesamt



Quellen: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Mit Fachwissen allein ist es jedoch nicht getan, auch Flexibilität ist eine gefragte Kompetenz:

Von den EE-Erwerbstätigen müssen sich 51 Prozent häufig in neue Aufgaben einarbeiten – im Schnitt aller Erwerbstätigen ist dieser Anteil rund 10 Prozentpunkte niedriger.

Ein Grund für diesen Unterschied dürfte sein, dass sich die Arbeit auf dem Gebiet der Energiewende fortwährend wandelt. So gaben von den im Jahr 2018 befragten EE-Erwerbstätigen 52 Prozent an, dass in den vorangegangenen zwei Jahren in ihrem Arbeitsumfeld neue Maschinen oder Anlagen eingeführt worden sind. Und 42 Prozent mussten sich mit neuen Produkten oder Werkstoffen auseinandersetzen.

Angesichts dessen ist es plausibel, dass die EE-Erwerbstätigen überdurchschnittlich oft an Weiterbildungs-

kursen teilnehmen – 64 Prozent haben innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Befragung mindestens einen entsprechenden Kurs absolviert.

Unterm Strich zeigt sich, dass das in Deutschland verankerte System der dualen Berufsausbildung gute Voraussetzungen bietet, um die künftigen Fachkräfte für die Energiewende hervorzubringen. Allerdings war die Zahl der neu begonnenen Auszubildenden in Handwerks- und Produktionsberufen zuletzt rückläufig, der Nachwuchs drängt vor allem in den Dienstleistungssektor.

Es gilt also, die Bildungsgänge im Bereich der Energiewende attraktiver zu gestalten. Dabei sind unter anderem die Schulen gefordert, um beispielsweise im Rahmen der Berufsorientierung mehr Mädchen zu ermutigen, einen Handwerks- oder Fertigungsberuf zu erlernen. So

könnten etwa bereits die Grundschulen Elektrikerinnen oder andere Frauen aus Handwerksberufen einladen, den Kindern ihren Beruf vorzustellen.

Generell sollten Schulen und Hochschulen umfassend über Karriereperspektiven und Verdienstmöglichkeiten in den Bereichen Energiewende und Klimaschutz informieren. Die Politik sollte zudem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen unterstützen – auch durch finanzielle Hilfen –, damit sich Beschäftigte für die weitere Karriere oder den Einstieg in Erneuerbare-Energien-Jobs fortbilden oder an einer Umschulung teilnehmen können.

IW-Report 57/2022

Roschan Monsef, Finn Arnd Wendland: Beschäftigte im Bereich erneuerbarer Energien – Renaissance der beruflichen Ausbildung?
iwkoeln.de/beschaeftigung_energiewende

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche



mehr Kilometer als im gleichen Vorjahreszeitraum sind Fahrgäste im dritten Quartal 2022 mit Deutschlands Regionalzügen und S-Bahnen gefahren. Gegenüber dem zweiten Quartal legten die Passagiere insgesamt immerhin 25 Prozent mehr Kilometer zurück. Das Fahrgastaufkommen hat sich binnen Jahresfrist um 53 Prozent erhöht.

Hauptgrund für den Bahn-Boom war das 9-Euro-Ticket, das vom 1. Juni bis zum 31. August 2022 galt. Laut Statistischem Bundesamt dürfte aber auch eine Rolle gespielt haben, dass es wesentlich weniger Corona-Einschränkungen gab. Tatsächlich legte die Fahrgastzahl auch in den Straßen- und Stadtbahnen zu – allerdings merklich schwächer: Im dritten Quartal 2022 stieg sie gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 24 Prozent.

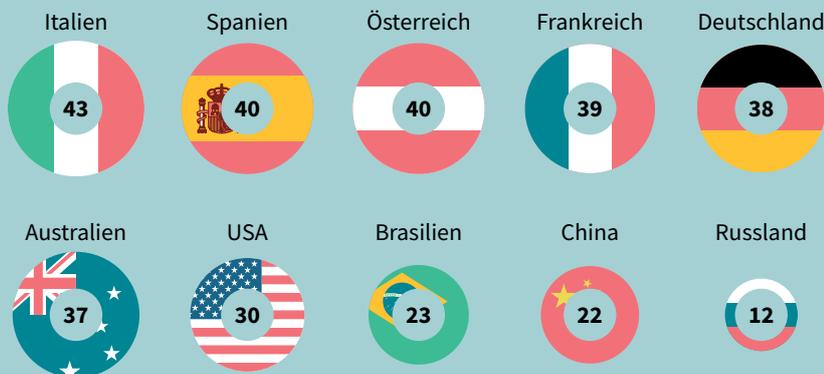
Zwischen Oktober und Dezember dürften die Bahn-Kennzahlen nun – ohne 9-Euro-Ticket – deutlich sinken. Wie es 2023 weitergeht, steht indes in den Sternen: Es soll zwar künftig ein deutschlandweit gültiges 49-Euro-Ticket für den Nah- und Regionalverkehr geben, doch von vielen Seiten gibt es Kritik an der geplanten Finanzierung. Zudem plagen die Bahn nach wie vor jede Menge Probleme – vom gewaltigen Investitionsstau bis hin zur enormen Unpünktlichkeit (siehe iwd 21/2022).

Top-Liste: Klima-Bewusstsein

Es sind längst nicht nur die Deutschen, die sich besonders viele Gedanken wegen der Erderwärmung machen: Italiener, Spanier, Österreicher und Franzosen benennen die Herausforderungen durch den Klimawandel sogar häufiger als eine der drei größten Sorgen ihrer Nation als die Bundesbürger, von denen 38 Prozent dieser Aussage zustimmen. In Russland dagegen ist das Bewusstsein für das Klimathema deutlich weniger ausgeprägt: Nur 12 Prozent der Russen finden, dass die Bewältigung des Klimawandels zu den gravierendsten Problemen ihres Landes zählt. Dass der Klimawandel weltweit nicht deutlich mehr Menschen beschäftigt, hat mit den vielen anderen akuten globalen Krisen zu tun – so ist momentan die steigende Inflation die größte Sorge der meisten Nationen.

Klima: Unterschiedlich große Sorgen

So viel Prozent der Bevölkerung finden, dass der Klimawandel zu den größten Problemen des Landes zählt



Befragung von 12.000 bis zu 55.000 Einwohnern im Alter zwischen 18 und 64 Jahren je Land von Oktober 2021 bis September 2022

Quelle: Statista
© 2022 IW Medien / iwd